Neue Freie Zeitung
Nr. 28/29 · Donnerstag, 11. Juli 2019 € 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

ÖVP zeigt sich einmal mehr als Anti-Volkspartei!

Der im Landesklinikum Tamsweg erst im März 2019 eröffnete neue Kreißsaal soll bereits wieder geschlossen werden – trotz einer Petition gegen diesen schwarzen 23-Millionen-Euro-Schildbürgerstreich. FPÖ-Abgeordneter Ernst Lassacher: „So lässt die ÖVP die Bürger im Stich!“ S. 13

Foto: FPÖ Salzburg

Stoppt die deutsche Schlepperflotte!

Wie schon bei der Masseneinwanderung 2015 lässt Deutschland Gesetzesbruch zu S. 2/3

Foto: NFZ

FPÖ setzt Zeichen beim Parlamentsfinale

Freiheitliche verteidigen den rot-weiß-roten Reformkurs gegen die ÖVP – S. 4/5

PARLAMENT

Heeresbudget gesichert

Weil die ÖVP sich nach dem Koalitionsbruch nicht mehr an getroffene Vereinbarungen hält, sicherten die Freiheitlichen zusammen mit der SPÖ den Budgetkurs des Heeres im Parlament ab – gegen die Stimmen des ehemaligen Koalitionspartners. S. 6

AUSSENPOLITIK

Irans Provokationen

Trotz des Atomabkommens hat der Iran bereits über 300 Kilogramm angereichertes Uran für sein Atomwaffenprogramm angehäuft. Damit, und den Angriffen auf Öl-Tanker in der Straße von Hormuz provoziert das Ayatollah-Regime den verhassten Westen. S. 8/9

IN EIGENER SACHE

Liebe Leser!
Die nächste Ausgabe der NFZ erscheint wegen der Sommerpause wieder am 1. August 2019.

Die NFZ wünscht Ihnen einen erholsamen Urlaub!

Foto: NFZ

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Die Hitzewelle ist zwar schon vorbei, aber am Küniglberg scheint die „Klimakrise“ in den ORF-Büros noch immer die Hirne zu lähmen. Und so schaffte es der Titel „Menschenrechte im Mittelmeer“ auf die Homepage der staatlichen Mediensirene.

Recht(s) im Mittelmeer

Nein, es geht nicht gegen die Sardinenhaltung der Sonnenanbeter an den Stränden von Jesolo und Rimini. Es geht um die „Menschenrechte“ für jene, die von Kriminellen für Geld nach Europa gebracht werden wollen, von diesen kalkuliert im Stich gelassen und von den rein zufällig anwesenden NGO-Schiffen „gerettet“ werden.

Und ja, es geht um jene schändlichen „rechte Politiker, die Asyl- und Migrationspolitik zur Wählermobilisierung“ benutzen – so die Sicht der moralischen Übermenschen in ihrem Drang zur Welt-, Klima- und Sonst-was-Rettung.

Die deutsche Regierung ist vor dem mit dem Helfersyndrom infizierten Medien-Tsunami bereits eingeknickt, wie schon 2015. Die tödlichen Nebenwirkungen dieser Tat für knapp 350 Deutsche in den beiden letzten Jahren sind ja „Pillepalle“ (Kleinkram), wie Frau Merkel zu sagen pflegt.

Ach ja, wir werden uns auf weitere Zuwanderer einstellen müssen, sogenannte „Klimaflüchtlinge“ wie der Boulevard fantasiert. Wieso wächst ausgerechnet in den Ländern, die am härtesten von der „Klimakrise“ betroffen sein sollen, die Bevölkerung am schnellsten, während die „Klimakrise“ in Europa an der sinkenden Geburtenrate schuld sein soll?

Ich mache jetzt von meinem „Menschenrecht im Mittelmeer“ gebrauch, urlaubsbedingt.

Deutschland wiederholt der

Ex-Innenminister Kickl fordert von Übergangsregierung die strikte Ablehn

Mit Entsetzen und harter Kritik hat Ex-Innenminister Herbert Kickl auf das Einknicken der deutschen Bundesregierung vor den Schlepper-NGO‘s reagiert. Diese will eine „Koalition der Aufnahmewilligen“ für die „geretteten“ illegalen Einwanderer in der EU aufstellen: „Die Übergangsregierung muss das strikt ablehnen!“

Die deutsche Regierung kapituliert vor den eigenen Seerettungs-NGO’s, die den Schleppern die Arbeit für den Mittelmeertransfer ihrer „Kundschaft“ abnehmen. Kaum hatte eines der deutschen Schlepperschiffe 65 illegale Einwanderer in Malta abgeliefert, hat es schon wieder 44 Illegale aus Seenot „gerettet“.

„Koalition der Schlepper“?

Weil sich Italiens Innenminister Matteo Salvini und die Osteuropäer bisher erfolgreich gegen eine Zwangsverteilung der „Geretteten“ in der EU zur Wehr gesetzt haben, wollen SPD-Außenminister Heiko Maas und sein Staatssekretär Michael Roth jetzt eine „Koalition der Schlepperfreunde“ aufstellen, die sich der von den „Seenotrettern“ aufgesammelten Illegalen annehmen will. CSU-Innenminister Horst Seehofer hat – wie CDU und CSU schon 2015 – vor den NGO’s und ihren medialen Unterstützern kapituliert.

Diesen aktuellen Plänen der deutschen Bundesregierung hat der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl eine deutliche Absage erteilt: „Es wäre ein neuerlicher Turbo für die Schlepper-Mafia, wenn man die Migranten aus Libyen durch die Vereinten Nationen abholen lässt und dann auf die EU-Staaten verteilt. Was Merkels Schlepper-Koalition hier vorschlägt, würde lediglich die Einwanderung aus dem afrikanischen Kontinent massiv verstärken.“

UNHCR bestätigt FPÖ-Kurs

Diese Einschätzung des Ex-Innenministers bestätigte Federico Fossi vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR in einer Nachrichtensendung der ARD: „Zu den veränderten Schlepper-Strategien hat auch die von Italien erzwungene nur noch geringe Präsenz der Nicht-Regierungsorganisationen auf dem Mittelmeer beigetragen. Schlauchboote werden jetzt seltener eingesetzt, etwa nur mehr wenn ein NGO-Schiff unmittelbar in der Nähe ist.“

Das Schließen der italienischen Häfen habe auch dazu geführt, dass Schlepper wieder verstärkt den Land- und Seeweg über die Türkei nach Griechenland und von dort auf die „Balkanroute“ wählen.

Kickl fordert daher die Übergangsregierung auf, sich in aller Deutlichkeit von den katastrophalen Utopien der Berliner Koalition zu distanzieren. „In der EU sind die Innenminister zuletzt zu dem Ergebnis gekommen, durch eine massive Aufwertung von FRONTEX den Außengrenzschutz der Union zu verstärken. Daran muss konsequent gearbeitet werden, um das Schlepperunwesen einzudämmen“, stellte Kickl klar.

Was die humanitäre Lage der Einwanderer in den libyschen Lagern betrifft, regt Kickl einen Einsatz der Afrikanischen Union unter UNO-Schirmherrschaft an, mit dem Schutzzonen vor Ort sichergestellt werden und von denen die Menschen in ihre Heimatländer zurückgebracht werden sollten. Eine

Foto: Frontex

Wie Frontex mit einer Video-Aufnahme
und schicken ihre Kundschaft nicht m

SPITZE FEDER Bastis Wahlschmäh mit Ablaufdatum.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

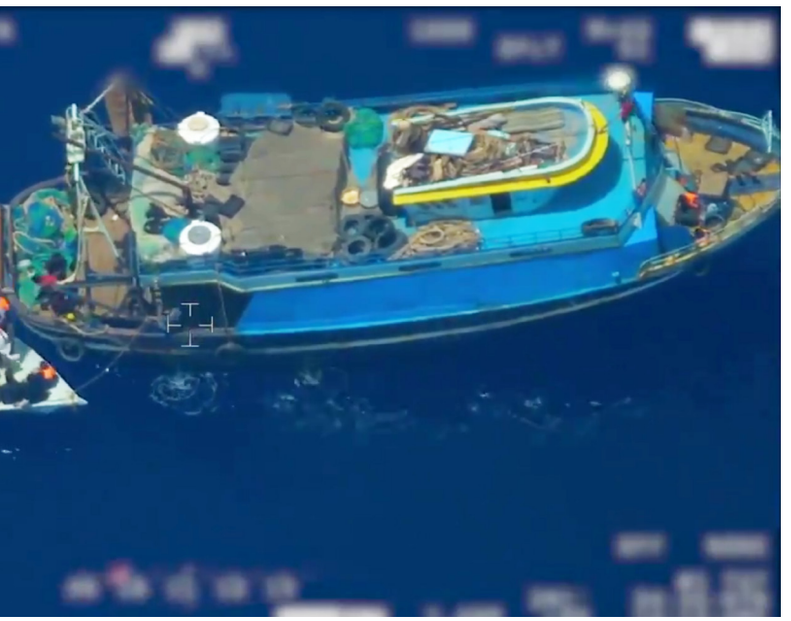
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

n Fehler von 2015

ung der EU-Zwangsverteilung von „Geretteten“



e dokumentiert, haben die Schlepper auf Salvinis Hafensperre reagiert
ehr mit Schlauchbooten aufs Meer – außer ein NGO-Schiff ist in der Nähe.

Arbeit, die von der UNO schon jetzt für freiwillige Rückkehrer erledigt wird.

Kurz spielt wieder Wendehals

„Dass die Vereinten Nationen jetzt die Arbeit der Schlepper übernehmen sollen und Deutschland die Migranten nach Europa holt, wo sie dann mit voller Reisefreiheit wieder ihr bevorzugtes Zielland ansteuern können, ist hingegen nicht hinnehmbar“, mahnte der ehemalige Innenminister. Denn es könne keinesfalls im Interesse Europas liegen, dass unter dem Deckmantel des Asyls neue legale Wege der Einwanderung nach Europa geschaffen werden.

Kritik übte Kickl auch an ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Der habe es bisher abgelehnt, sich in der Frage der sogenannten „Seenotretter“ hinter Italiens Innenminister Salvini zu stellen und dessen Vorgangsweise zu unterstützen: „Von Herrn Kurz gab es nur Schweigen. Jetzt, eine Woche später – wohl nachdem ein paar Umfragen gemacht worden sind – vertritt auch er plötzlich unsere Position, die ‚Geretteten‘ zurück nach Afrika zu bringen.“

KURZ UND BÜNDIG

Foto: NFZ

Schwarze Sprengmeister

Eine Skurrilität zu Sommerbeginn stellt die Aussendung des Generalsekretärs der Wirtschaftskammer Österreichs, Karl-Heinz Kopf, dar. Dieser bekrittelt die letzten Beschlüsse des Nationalrates, die immerhin von seiner eigenen Partei mitgetragen wurden, wie das generelle Rauchverbot, die Anrechnung aller Karenzzeiten und der Papamonat“, bemerkte FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker (Bild): „Diese ÖVP hat nicht nur zwei Regierungen gesprengt, nein sie ist auch dabei, sich selbst zu zerreißen!“

Beschimpfung ist ok?

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, dass eine Fahne mit dem Aufdruck „A.C.A.B“ (auf deutsch: „Alle Polizisten sind Bastarde!“) , nicht zu belangen sei, ist für den Bundesvorsitzende der AUF und FPÖ-Bereichssprecher für den Öffentlichen Dienst, Werner Herbert, völlig unverständlich: „Dass die Justiz die Polizisten einfach im Stich lässt, mutet sehr eigenartig an. Da stellt man sich die Frage, ob diese Aktion genauso ohne Konsequenzen geblieben wäre, wenn sich diese Beleidigung gegen Richter gerichtet hätte.“

Foto: NFZ

Foto: FPÖ

Rotes Wahlkampfmärchen

„Wenn SPÖ-Chefin Rendi-Wagner in Linz die Einführung der Mindestpension lobt, so wirkt dies scheinheilig“, kritisierte der freiheitliche Seniorensprecher Werner Neubauer. Jahrelang sei unter den ehemaligen SPÖ-Sozialministern in diese Richtung nichts geschehen, die österreichischen Pensionisten wurden glatt im Stich gelassen. Es habe erst eine FPÖ in der Regierung gebraucht, um diesen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der Altersarmut umzusetzen, erklärte Neubauer. Wenn die SPÖ nun versucht, diese Maßnahme als die ihre zu verkaufen, dann ist das ein reines Wahlkampfmärchen.

AUFSTEIGER

Foto: NFZ

FPÖ-Ex-Innenminister **Herbert Kickl,** der vorbehaltlos den Anti-Schlepper-Kurs von Italiens Matteo Salvini unterstützt. Nur so kann die illegale Zuwanderung aus dem afrikanischen Kontinent nach Europa gestoppt werden.

ABSTEIGER

Foto: NFZ

Deutschlands Innenminister **Horst Seehofer,** der jetzt vor den Schlepper-NGO‘s und deren Medienfreunden kapituliert und seinen Amtskollegen Matteo Salvini sogar zu einem Bruch der italienischen Gesetze aufgefordert hat.

Foto: screenshot NFZ

BILD DER WOCHE

Unterm Schuljahr Freitags fürs Klima streiken, aber in den Ferien bei Party-Festivals die Umwelt versauen.

Foto: NFZ

Schuldenbremse: Budget- und Steuerpolitik mit Hausverstand

Von Hubert Fuchs, Steuerrechtsexperte und Ex-FPÖ-Finanzstaatssekretär

Nach 65 Jahren der Schuldenpolitik – unter maßgeblicher Mitverantwortung der SPÖ bzw. ÖVP – werden wir 2019 auf Bundesebene erstmals einen administrativen Überschuss erwirtschaften. Hätte Altkanzler Kurz die Koalition nicht ohne Not in die Luft gesprengt, so hätten wir das Nulldefizit sowohl auf Bundesebene als auch gesamtstaatlich bis 2023 durchgehend gewährleisten können. Im Jahr 2023 hätte Österreich erstmals seit dem EU-Beitritt (!) sämtliche Maastricht-Kriterien erfüllt. Möglich gemacht hat diese nachhaltige, verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Budgetpolitik die freiheitliche Regierungsbeteiligung.

„Wir stellenFairness und soziale Gerechtigkeit für die Österreicher sicher."

Um sicherzustellen, dass zukünftige Regierungen mit dem Steuergeld der Österreicher ebenso verantwortungsvoll umgehen, wie die ÖVP-FPÖ-Koalition, war eine verfassungsrechtliche Verankerung der Schuldenbremse als Ergänzung zum EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt notwendig. Kein Privathaushalt kann auf Dauer mehr ausgeben als er einnimmt. Dieser Hausverstand sollte auch für Regierungen gelten!

Die vergangene parlamentarische Woche war für die Österreicher eine gute Woche! Neben der Schuldenbremse wurden zahlreiche Maßnahmen von der FPÖ mitbeschlossen, die ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein tragen.

Eine bedeutende Maßnahme betrifft die Steuerreform 2020 mit der Entlastung niedriger Einkommen von Arbeitnehmern und Pensionisten durch eine Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge (SV-Bonus) und der Entlastung von Kleinunternehmern (Pauschalierungsmöglichkeit in der Einkommensteuer, Erhöhung der Kleinunternehmergrenze in der Umsatzsteuer, Erhöhung der Grenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter, Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, Bürokratieabbau). Arbeitnehmer werden dadurch um bis zu 300 Euro jährlich entlastet, Pensionisten um bis zu 200 Euro jährlich. Ohne dem Engagement der FPÖ in den letzten Wochen wären diese wichtigen Entlastungsmaßnahmen nicht mehr umgesetzt worden! All diese Maßnahmen wurden budgetär bereits berücksichtigt.

Weitere wichtige Maßnahmen betreffen die automatische Valorisierung des Pflegegeldes in allen Stufen und die Erhöhung der monatlichen Mindestpension für Österreicher auf 1.200 Euro bzw 1.500 Euro für Ehepaare. Auch wenn diese Maßnahmen noch nicht budgetiert wurden, sind wir diese der älteren Generation einfach schuldig. Wer diese notwendigen Maßnahmen abfällig als „Wahlzuckerl" bezeichnet, verhöhnt damit die Pensionisten, Pflegebedürftigen und deren Familien, die eine ganz hervorragende Arbeit leisten.

Auf Grund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes musste Österreich eine EU-rechtskonforme Ausgestaltung der Bestimmungen über die Anrechnung von Vordienstzeiten (Zeiten vor dem 18. Geburtstag) von öffentlich Bediensteten sicherstellen. Diese unerwarteten Mehrkosten sind budgetär zwar nicht berücksichtigt, stellen aber eine gerechte und rechtsnotwendige Maßnahme dar.

Die FPÖ wird auch weiterhin für eine Budget- und Steuerpolitik mit Hausverstand eintreten, wodurch Fairness und soziale Gerechtigkeit für die Österreicher sichergestellt sind.

Foto: NFZ

Norbert Hofer und der FPÖ-Klub haben an den in der Koalition vereinbar

Das ÖVP-Wahlkam

Die ÖVP beklagt angebliche „Zusatzkosten" fürs

In der vergangenen Woche wurde der Gesetzgeber, das Parlament, im „freien Spiel der Kräfte" aktiv, sehr zum Mißvergnügen der ÖVP, die diese Situation durch die Aufkündigung der Koalition selbst verursacht hat. Die von ihr beklagte Kostenexplosion fürs Budget findet nicht statt, ausgenommen bei ihrem Umfaller zum Rauchverbot.

Einige der Beschlüsse, die vergangene Woche im Parlament gefasst wurden, sind mit erheblichen Kosten verbunden, jammerten die ÖVP und deren treue Medien. Laut einer „Schnellanalyse" des Finanzministeriums würden sich für das kommende Jahr 2020 Mehrkosten von mehr als 240 Millionen Euro ergeben, die bis ins Jahr 2023 auf 1,1 Milliarden Euro anwachsen werden.

Bereits budgetierte Kosten

Was sind denn nun diese angeblichen Kostentreiber? Den Löwenanteil hat laut den Aufstellungen des Finanzressorts die Ausgestaltung der Bestimmungen über die Anrechnung von Vordienstzeiten von öffentlich Bediensteten. Dabei geht es um Zeiten vor dem 18. Geburtstag sowie den Präsenz- und Zivildienst. Nur wurde dieser Beschluss nicht aus Jux und Tollerei gefällt, sondern wandelte die bisherige Bestimmung nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshof in eine EU-rechtskonforme Gesetzesmaterie um.

Der nächste „Kostentreiber" ist das nun ab 1. Jänner 2020 jährlich um den Pensionsanpassungsfaktor zu erhöhende Pflegegeld. Für diese Novelle haben sich alle Abgeordneten im Nationalrat entschieden. Denn das Pflegegeld wurde seit der Einführung im Jahr 1993 erst einmal erhöht, und das im Jahr 2016. Seit 1993 habe es daher in der höchsten Pflegestufe durch die Inflation einen Verlust von 600 Euro gegeben.

Ab 2020 wird die jährliche Valorisierung des Pflegegelds nun mit dem jeweiligen Anpassungsfaktor nach dem ASVG erfolgen.

In das Budget eingerechnet war auch die Erhöhung der Mindestpension bei langer Versicherungsdauer. Dagegen haben übrigens nur die Neos gestimmt, der – nach heutiger Sicht – Wunschkoalitionspartner der neuen Kurz-ÖVP.

Wer 40 Jahre oder länger erwerbstätig war, wird ab 2020 eine

ten Beschlüssen festgehalten – und den rot-weiß-roten Reformkurs des Regierungsprogramms abgesichert.

pfmärchen der Kostenfalle

Budget, aber verschuldet diese beim generellen Rauchverbot selbst

Pension von zumindest 1.200 Euro netto (das sind 1.315 Euro brutto) erhalten. Ehepaaren soll ein Betrag von 1.500 Euro netto (das sind 1.782 Euro brutto) gebühren. Angerechnet werden dazu auch bis zu zwölf Monate Präsenz- bzw. Zivildienst sowie bis zu fünf Jahre Kindererziehungszeiten.

Das ÖVP-Problem Familie

Verbesserungen gibt es auch für Familien, ein weiteres Thema mit dem die ÖVP seit Jahren nicht zurecht kommt: Die Zeiten der Elternkarenz müssen künftig bei Gehaltsvorrückungen und anderen zeitabhängigen Ansprüchen von Arbeitnehmerinnen in vollem Umfang berücksichtigt werden. Was durch kollektivvertragliche Vereinbarungen vielfach bereits Realität ist, ist nun flächendeckend in allen Branchen und Bereichen umzusetzen.

Beschlossen wurde auch eine Anhebung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld, damit Betroffene während des Kindergeldbezugs auch weiterhin einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen können.

Foto: NFZ

ÖVP-Klubchef Wöginger & Co: Rückzieher vom bisherigen Reformkurs.

Ebenfalls fixiert wurde per 1. September 2019 der „Papamonat“, der Vätern einen Rechtsanspruch auf eine einmonatige Arbeitsfreistellung nach der Geburt ihres Kindes gibt – gegen die Stimmen von ÖVP und NEOS übrigens.

Anerkennung finden jetzt auch die vielen freiwilligen Helfer: Ihren Unternehmen wird eine Art Ausfallsentschädigung für die Freistellung ihrer Mitarbeiter bei einem Katastrophenfall erstattet.

Eine Entlastung der Bürger – gegen die Stimmen von ÖVP und Neos – gibt es zukünftig durch die Halbierung der Gerichtskosten bei sofortigem Vergleich in der ersten Verhandlung. Denn Österreich liegt bei den Gerichtsgebühren weit über dem EU-Schnitt.

Aber richtig teuer wird der ÖVP-Umfaller zur Rücknahme des mit der FPÖ 2018 beschlossenen Rauchverbots in der Gastronomie. Gegen das nunmehr generelle Rauchverbot haben Gastronomen bereits eine Klage geplant, die sich gegen diese Bevormundung richtet sowie eine Entschädigung für die Kosten bei der Errichtung von Raucher- und Nichtraucherbereichen einfordert. Aber diese Kosten kümmerten die ÖVP keinesfalls.

Foto: NFZ

POLITIK ANALYSIERT

Norbert Hofer
design. FPÖ-Bundesparteiobmann

Die letzten beiden Tage im Nationalrat waren etwas besonderes. Es war Neuland für alle Beteiligten und eine Sternstunde für den österreichischen Parlamentarismus.

Sozial und gerecht

Durch das Aufkündigen der Koalition durch die ÖVP wurde das so oft zitierte „freie Spiel der Kräfte“ erstmals wirklich umgesetzt.

Die FPÖ konnte mit wechselnden Mehrheiten wichtige Projekte im Parlament beschließen.

Dazu zählen das Glyphosat-Verbot, die Änderungen im Parteienfinanzierungsgesetz, die Anhebung der Mindestpensionen, der Rechtsanspruch auf den Papamonat, das Aus für Plastiksackerl oder die tägliche Bewegungseinheit für Kinder und Jugendliche.

Viele Kommentatoren – und auch das Finanzministerium – warnten gleich vor hohen Kosten, die mit den diversen Beschlüssen verbunden seien.

Wir Freiheitliche sind uns der Verantwortung bewusst, dass wir der kommenden Regierung nicht gleich zum Beginn einen milliardenschweren Rucksack an Beschlüssen umhängen wollen.

Aber die Valorisierung des Pflegegeldes ist ein Akt der Fairness. Seit 1993 wurde dieser Leistung nicht der Wertverlust durch die Inflation angepasst, wodurch den betroffenen Menschen viel Geld verloren gegangen ist.

Diese Maßnahme macht im kommenden Jahr etwas mehr als 50 Millionen Euro aus und ist zugleich eine Stärkung der Motivation, pflegebedürftige Menschen zuhause zu pflegen. Dieses Geld ist gut investiert, hilft Menschen in der Not und ist ein Gebot der Fairness.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Neben dem vieldiskutierten Partei-Gesetz wurde auch das Klubfinanzierungsgesetz auf Antrag von FPÖ und SPÖ geändert. Nunmehr erhalten Klubs, die einen Frauenanteil von mehr als 40 Prozent aufweisen, einen Bonus von 3 Prozent der ursprünglichen Fördersumme.

Frauenbonus!

Dieser Antrag wurde im Verfassungsausschuss von unserem stv. Bundesparteiobmann Harald Stefan eingebracht. Ob sein Name künftig in eine Reihe mit Simone de Beauvoir und Alice Schwarzer stehen wird, bleibt abzuwarten.

Wichtig ist vielmehr, dass durch diesen Antrag einer der ÖVP, der einen saftigen Frauenmalus, also Strafgelder für Klubs deren Frauenanteil weniger als 40 Prozent beträgt, abgewehrt wurde. Dieser Antrag, der rein die FPÖ treffen sollte, wäre aus einer ganzen Reihe von Gründen verfassungswidrig gewesen.

So würde eine finanzielle Bestrafung von Klubs mit zu wenig oder gar keinen Frauen, dem Prinzip des passiven Wahlrechtes widersprechen. Denn in einer Demokratie hat jedermann das Recht, sich nach Belieben zu einer Wahlpartei zusammenzufinden. Der Wähler entscheidet, wer in den Nationalrat mit Klubstatus gewählt wird und wer nicht.

Im Nachhinein in Form eines Malus eine Beurteilung vorzunehmen, ob der Wähler gut oder schlecht gewählt hat, wäre demokratiewidrig. Da ist das nunmehrige Anreizsystem effektiver und mit den Prinzipien unserer Verfassung besser vereinbar. Der FPÖ-SPÖ-Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit (dagegen war nur die ÖVP) angenommen.

FINANZPOLITIK

Transparenz bei Förderungen

Mit Stimmenmehrheit wurde letzte Woche die Änderung des Transparenzdatenbankgesetzes im Plenum beschlossen. „Das ist ein wichtiges Steuerungsinstrument im Sinne eines effizienten Ressourceneinsatzes und für mehr Transparenz, Information, Kontrolle und Wirtschaftlichkeit bei öffentlichen Förderungen und Subventionen. Diese müssen jetzt schon bei Gewährung gemeldet werden“, zeigte sich FPÖ-Abgeordneter Gerhard Kaniak überzeugt.

Foto: NFZ

GESETZGEBUNG

Parlamentsbilanz

Im abgelaufenen Parlamentsjahr fanden 49 Plenarsitzungen mit einer Gesamtdauer von 257 Stunden statt. Beschlossen wurden dabei 127 Gesetze, dazu kamen 21 Staatsverträge und drei Vereinbarungen mit den Bundesländern. 31,46 Prozent der Gesetzesbeschlüsse erfolgten einstimmig.

Erstmals klare Budgetzahlen für das Heer

FPÖ/SPÖ-Antrag sorgt für einen verfassungskonformen Zustand

Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek hat eine Trendwende zur Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit des Heeres eingeleitet. Die wird jetzt von der FPÖ/SPÖ sichergestellt.

„Dieser Antrag ist notwendig, weil der schlechte Zustand des österreichischen Bundesheeres unbestritten ist. Leider ist die ÖVP aus diesem Antrag mit der Begründung, dass sie grundsätzlich nicht Budgetzahlen in einem Entschließungsantrag festschreiben wolle, ausgestiegen“, bedauerte FPÖ-Wehrsprecher Reinhard E. Bösch den Absprung der ÖVP.

ÖVP bricht Regierungsprogramm

Dabei sei gerade durch den Bruch der Koalition durch die ÖVP diese notwendige budgetäre Entwicklung des Bundesheeres unmöglich geworden. „Es ist natürlich befremdlich, dass wir als ehemalige Regierungspartei jetzt mit der SPÖ das ursprünglich mit der ÖVP ausverhandelte Regierungsprogramm umsetzen müssen“, wunderte sich Bösch über die Distanzierung der ÖVP von der Koalitionseinigung.

Foto: Bundesheer/Michael Gilber

Budget zur Sicherung der Einsatzfähigkeit wurde sichergestellt.

„Ein positives Signal für die Zukunft!“

Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs zählt zu den wirksamsten Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele. Deshalb haben FPÖ und ÖVP einen Entschließungsantrag zur Umsetzung der von Norbert Hofer initiierten „Nahverkehrsmilliarde“ im Nationalrat eingebracht. „Darin ersuchen wir den Verkehrsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister die rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen für eine Mitfinanzierung von einzelnen Verkehrsprojekten in Ballungsräumen zu schaffen“, erklärte heute FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker.

Foto: NFZ

Noch nie zuvor sei so viel Geld in den Ausbau der Schienen-Infrastruktur investiert worden: Im ÖBB-Rahmenplan für die Jahre 2018 bis 2023 sind insgesamt 13,9 Milliarden Euro veranschlagt. Zusätzlich wird der Schienen-Personenverkehr mit mehr als 700 Millionen Euro und der schienengebundene Güterverkehr mit 100 Millionen Euro pro Jahr gefördert.

„Wir setzen hier klar auf positive Anreize anstatt auf sinnlose Verbote, wie es beispielsweise in Wien gegenüber den Autofahrern an der Tagesordnung ist“, betonte Hafenecker. Durch diese Projekte sollen Lücken im Öffi-Verkehr zwischen Ballungsräumen und dem ländlichen Raum geschlossen werden.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Einladung zum

33. Ordentlichen Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs

Samstag, 14. September 2019, Messe Congress Graz
Beginn: 10.00 Uhr

Tagesordnung

1. **Eröffnung** des 33. Ordentlichen Bundesparteitages durch den designierten Bundesparteiobmann Ing. Norbert Hofer

2. **Begrüßung** durch Landesparteiobmann Mario Kunasek

3. **Totengedenken**

4. **Genehmigung der Tagesordnung** und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages

5. **Einsetzen einer Mandatsprüfungs- und Stimmenzählungskommission** und zweier Protokollbeglaubiger

6. **Bericht des designierten Bundesparteiobmannes** Ing. Norbert Hofer

7. **Bericht des Bundesfinanzreferenten** MMag. DDr. Hubert Fuchs

8. **Bericht der Rechnungsprüfer**

9. **Aussprache über die Berichte**

10. **Wahlen**
    - der/des Bundesparteiobfrau/-mannes
    - der Stellvertreter
    - des Bürgeranwaltes und seines Stellvertreters
    - weiterer Mitglieder des Bundesparteivorstandes
    - der Mitglieder der Bundesparteileitung
    - der Rechnungsprüfer und ihrer Ersatzleute
    - der Mitglieder des Bundesparteigerichtes

11. **Rede der/des neugewählten Bundesparteiobfrau/-mannes**

12. **Leitantrag**

13. **Anträge**

14. **Schlussworte**

15. **Bundeshymne**

AUFSTEHEN FÜR ÖSTERREICH

FPÖ TEAM ROT-WEISS-ROT
FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: MFZ

Harald Vilimsky

Warum wir Von der Leyen nicht wählen

Kommende Woche steht im Europaparlament die Wahl von Ursula von der Leyen zur EU-Kommissionschefin an. Das „Spitzenkandidaten-Prozedere" hat sich damit als jener Schmäh erwiesen, der er immer war: Der Versuch von EVP und Sozialisten im Parlament sich in einer Art Selbstermächtigung ein im Vertrag nicht vorgesehenes Recht zu nehmen. Kein Fehler also, dass sich das vorerst erledigt hat.

Wir werden Ursula von der Leyen trotzdem nicht wählen. Sie ist einfach die Falsche, die den Nationalstaaten die Souveränität nehmen und die Macht in Brüssel zentralisieren will. „Mein Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa – nach dem Muster der föderalen Staaten Schweiz, Deutschland oder USA", diktierte sie dem „Spiegel". Und: „Das Europa meiner Kinder oder Enkelkinder stelle ich mir aber schon so vor, dass es kein loser Verbund in nationalen Interessen verhafteter Staaten sein wird."

Da ist es kein Wunder, dass sie als Verteidigungsministerin für eine EU-Armee eingetreten ist – und nicht nur deshalb zur Favoritin Macrons wurde, der sie angeblich als EU-Kommissionschefin ins Spiel gebracht hatte. Wer eine desolate Bundeswehr, Millionenhonorare für Berater hinterlässt und „es nicht einmal schafft, ein Segelschulschiff ohne massive Kostenüberschreitung reparieren zu lassen", ist auch als Kommissionspräsidentin ungeeignet. Die Stimmen der FPÖ bekommt Von der Leyen nicht.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI DONAUSTADT

INFORMIERT

Donaustädter Sommergespräche 2019

Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr.
GH Goldener Hirsch, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

Donnerstag, 11. Juli 2019

Harald VILIMSKY

(FPÖ-Generalsekretär, MEP)

Moderation: LAbg. GR Angela Schütz (angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteiobmann

KO LAbg. Toni Mahdalik
geschäftsführender Bezirksparteiobmann

Wir weisen Sie darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird.

Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesonder auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden.

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

/FpoWienDonaustadt
/fpoewiendonaustadt
/FPOeDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien

Irans wohlkalkulier zur Erpressung des

Nach Angriffen auf Öl-Tanker jetzt das offene Bek

Foto: Twitter.com/David Hazony

Eln Bild mit Symbolcharakter: Kriegsssschiffe der USA und Israels treiben br
lästinensischen Kopftuch. Damit verweist der Iran auch gleich drohend auf

Der neue Chef der Islamischen Revolutionsgarden droht Israel, den USA und Europa offen mit Militäraktionen und Terror, falls sie Maßnahmen gegen das iranische Atomwaffenprogramm ergreifen sollten. Dieses hat der Iran jetzt auch offiziell hochgefahren und damit das 2015 getroffene Atomabkommen seinerseits verworfen.

Der Iran hat an der nächsten Schraube der Eskalation gegenüber den westlichen Unterzeichnerstaaten des Atomabkommens gedreht. Er hat vor einer Woche zugegeben, mehr als die erlaubten 300 Kilogramm angereichertes Uran zu besitzen, und jetzt angekündigt dieses über den für Verwendung in Atomkraftwerken tauglichen Grad anzureichern – also Kernwaffen-tauglich zu machen.

Atomwaffenprogramm aktiv

Dass dies bereits knapp ein Jahr nach Aufkündigung des Vertrags durch die USA möglich war, lässt den Schluss zu, dass der Iran dieses gar nicht einhalten wollte. Zudem dürften gemäß dem Abkommen nur nukleare Anlagen und Standorte im Iran inspiziert werden, die vor dessen Unterzeichnung im Jahr 2015 bekannt waren und als solche deklariert waren. Militäranlagen waren von den seltenen Inspektionen durch Kontrolleure der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ebenfalls ausgeschlossen.

Dass der Iran seit Jahresbeginn an der Eskalation der Situation arbeitet, beginnend mit Drohnen-Angriffen auf Öl-Tanker in der Straße von Hormuz hängt auch an einer Personalentscheidung von Irans oberstem Führer, Ayatollah Ali Khamenei, zusammen. Der hat am 21. April überraschend Hussein Salami an die Spitze der Islamischen Revolutionären Garden (IRGC) be-

Mit Raketen bestückte Schnellboote, bootes, sollen die US-Marine von eine

rte Provokationen s Westens

enntnis zum Atomwaffenprogramm

rennend auf einem Meer, symbolisch dargestellt mit einer Kufiya, dem pa- seinen wichtigsten Verbündeten, die Terrormiliz Hisbollah.

rufen. Ein Hardliner, der bisher für das iranische Raketenprogramm verantwortlich war, von dem auch die Hisbollah im Gaza-Streifen profitierte.

Angekündigte Anschläge

Im Januar 2019 drohte Salami bereits „Israel von der politischen Landkarte der Welt zu entfernen." Wenige Tage später fügte er dem im Staatsfernsehen die Europäische Union hinzu, falls die Europäer sich den Interessen der Ayatollahs widersetzen sollten: „Wir planen, Amerika, Israel und ihre Partner und Verbündeten zu brechen. Unsere Bodentruppen werden den Planeten vom Dreck ihrer Existenz reinigen." – Und unter Bodentruppen war nicht die reguläre iranische Armee gemeint, sondern die Quds-Brigaden, die für Terroranschläge im Ausland zuständig sind.

Foto: IRNA

dem Nachbau eines britischen Renn- m Angriff auf den Iran abhalten.

Am 13. Mai – unmittelbar nach den ersten Angriffen auf Tanker im Golf von Oman – zeigte er sich vor einem Angriff der USA sicher. Die USA würden es niemals wagen, einen Krieg mit dem Iran zu beginnen: Die US-Flugzeugträger seien „ziemlich verwundbar". Diese Warnung erklärt sich aus den massiven Investitionen des Iran in U-Boote, Torpedos, Raketen, Drohnen und Schnellboote. Mit ihren Drohnenangriffen tief in das saudische Hinterland haben die vom Iran unterstützten jemenitischen Huthi-Rebellen die Effektivität der iranischen Waffen bereits vorexerziert.

Am 28. Mai bestätigten die Revolutionsgarden ihre Absicht mit einem riesigen Wandbild zu Ehren des „Quds-Tages": Vor dem Hintergrund des Jerusalemer Felsendoms zeigt es einen Ozean mit brennenden Schiffen unter amerikanischer und israelischer Flagge und dem vielsagenden Text: „Wir haben sie alle ertränkt!"

KURZ UND BÜNDIG

Ungarn verstärkt Grenzschutz

Foto: honvedelem.hu

Die ungarischen Streitkräfte werden erneut in Grenzschutzaufgaben einbezogen, erklärte der ungarische Polizeichef János Balogh. Grund dafür ist die steigende Zahl illegaler Grenzübertritte an der Grenze zu Serbien, die sich in diesem Jahr verdoppelt hat. Schlepper und Illegale würden das Grenzschutzsystem nach Möglichkeiten für das Durchbrechen auskundschaften. Vor allem im Sommer versuchten sie den starken Urlauberverkehr für die illegalen Grenzübertritte zu nutzen. „Dank der Beteiligung der Armee kann die Exekutive jetzt die Zahl der Polizeibeamten, die die grüne Grenze bewachen, um einhundert pro Tag verringern", sagte Balogh.

Trump gegen illegale Einreise

Foto: Official portrait/WhiteHouse.gov

US-Präsident Donald Trump hat Kritik an den Zuständen in Internierungslagern für Migranten in den USA zurückgewiesen. „Viele dieser illegalen Ausländer leben jetzt viel besser als dort, wo sie herkamen, und unter viel sichereren Bedingungen", erklärte Trump. Sollten diese unglücklich über die Zustände in den Lagern an der Grenze zu Mexiko sein, dann „sagt ihnen einfach, dass sie nicht illegal sondern auf legalem Weg in die USA kommen sollen!" Der US-Präsident machte die Demokraten für die Krise an der Grenze mitverantwortlich, weil sie zu keiner Reform der Migrationsgesetze bereit seien.

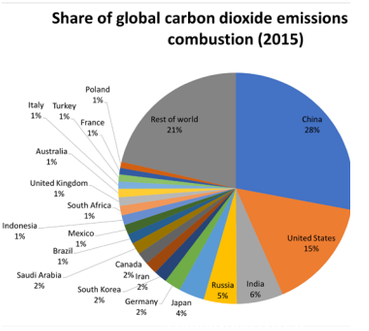
„Klima-Rettung" kostet zigtausend Arbeitsplätze

Die deutsche Wirtschaft hinkt nicht mehr, ganze Bereiche taumeln bereits. Der nach Umsatz weltweit größte Chemiekonzern BASF wird 6.000 Mitarbeiter entlassen, die meisten in Deutschland. Auch Bayer wird sich von 12.000 Mitarbeitern trennen, aber keinesfalls nur als Folge der Monsanto-Übernahme, sondern vor allem wegen der Technik- und Chemiefeindlichkeit der Klimabewegten.

Das Rückgrat der deutschen Industrie und die letzte große Branche, in der das Land einmal weltweit führend war, geht ebenfalls am Stock: die Autoindustrie. Die Kunden sind wegen des Dieselantriebs – mit dem angeblich ganze Städte vergiftet werden – verunsichert und halten sich mit Käufen zurück. Die E-Autos werden vom Publikum verschmäht, wie zuletzt BMW-Vorstand Klaus Fröhlich (siehe NFZ 27/2019) bestätigte.

Die Folge: Bei Audi stehen 10.000 Jobs in Ingolstadt und Neckarsulm auf dem Spiel, Ford will in Europa 12.000 Leute entlassen, und bei BMW wird ein Einstellungsstopp überlegt.

Das bekommen auch die Autozulieferer zu spüren. Die stellen kein Personal mehr ein und haben die Investitionen gestoppt. Der Präsident des deutschen Maschinenbauerverbandes, Carl Martin Welcker sprach bereits von einer Krise, die er noch nicht erlebt habe. Aufträge würden storniert, und selbst fertige Maschinen würden nicht mehr abgenommen.



Die globalen CO2-Emittanten.

TERMINE

Juli 11 Sommergespräche der FPÖ Donaustadt

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 11. Juli 2019, zu ihrem „Sommergespräch“ mit FPÖ-Delegationsleiter im Europaparlament und Generalsekretär Harald Vilimsky ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Juli 13 Grillfest der FPÖ Esternberg

Die FPÖ-Ortsgruppe Esternberg lädt am Samstag, dem 13. Juli 2019, zu ihrem Grillfest in der Eisschützenhalle am Sportplatz (4092 Esternberg) ein. Beginn: 18.00 Uhr.

Juli 18 Sommergespräche der FPÖ Donaustadt

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 18. Juli 2019, zu ihrem „Sommergespräch“ mit dem steirischen FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kuasek ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Juli 25 Sommergespräche der FPÖ Donaustadt

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 11. Juli 2019, zu ihrem „Sommergespräch“ mit FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

Juli 26 Blaue Sommernacht in Wernberg

LESER AM WORT

Kurz schauspielert

Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz findet den jüngsten Entscheidungsprozeß in der EU hinsichtlich der Postenbesetzung ein „unwürdiges Schauspiel“. Es würde dem „Image“ der EU schwer schaden. Mir kommen die Tränen. Wie kann man auch nur!

Cora Katzenberger, Puchenau

Foto: NFZ

Heuchelei

Ab 1.11.2019 darf man an öffentlichen Orten, an denen Speisen und Getränke hergestellt, verarbeitet, verabreicht und konsumiert werden, nicht mehr rauchen. Das Rauchverbot gilt auch für Wasserpfeifen und E-Zigaretten. Es hat Folgen: Das Cafe in meiner Wohnsiedlung besuchen auch sehr viele Raucher und es ist sehr zu befürchten, dass es so wie viele andere Gaststätten schließen wird. Das ist vor allem im ländlichen Raum eine Katastrophe. Durch den Lärm, den Raucher vor den Lokalen verursachen, wird es auch viele Konflikte mit Anrainern geben. Ich frage mich nur, ob Rot-Grün das Haschischrauchen nun ebenso ablehnen wie die Tabakzigarette? Oder sind alle diese „Antiraucher“, wozu jetzt auch die ÖVP zählt, nur Heuchler?

Josef Pasteiner, Wr. Neustadt

Klimanotstand

Was soll der „Klima-Notstand“ bringen – außer daß sich ein paar linke Politiker wichtig machen können. Es beginnt bei den linken Demonstrantent, die für das Klima marschieren, aber überall ihren Mist – vom Tschick bis zur Getränkedose oder der PET-Flaschen – einfach fallen lassen. Wenn es sich nicht um „Berufsdemonstranten“ handelt, so könnten die Schulkinder auf das „Mama-Taxi“ verzichten, das sie von der Wohnungs- bis zum Schultor bringt. Damit die lieben Kids sich ja nicht anstrengen wenn sie ein paar Meter zur Fuß gehen müssen. Umweltmaßnahmen sind wichtig – nur sollen immer die Anderen verzichten oder sparen und – vor allem – sollen immer die Anderen dafür bezahlen.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Am eigenen Ast gesägt

Haben Sie sich nicht auch über die geistigen Verrenkungen der Neos gewundert, dass sich ausgerechnet die gekaufte Partei des Herrn Haselsteiner selber ins Knie schoss, indem Sie bei jeder Gelegenheit die Parteifinanzierung kritisierte und damit die verstärkte Aufmerksamkeit auf sich und ihren Großspender lenkte? Kann man eigentlich noch dümmer an seinem eigenen Ast sägen!

Armin Schütz, Wien

Foto: NFZ

Jeder eine Minderheit

Scheinbar besteht Österreich nur mehr aus zersplitterten, hilfebedürftigen Minderheiten – überspitzt ausgedrückt. Sind Gesetze und die Verfassung schon so weit fortgeschritten, dass sich fast jeder als abgehängter, ungleich behandelter Bürger betrachtet und einen individuellen Gesetzesvollzug braucht? Diesen Spendiersozialismus auf Staatskosten müssen wir Bürger selbst bezahlen – und sei es mit neuen Schulden, also auf Kosten unserer Kinder.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

Türkenpartei wirbt mit Frauenbad für Wien-Wahl

FPÖ: Weiterer Schritt zur Islamisierung Wiens mit rot-grüner Duldung!

Die rot-grüne Politik des Wegschauens ermöglicht in der Bundeshauptstadt immer skurrilere Entwicklungen: So fordert jetzt die Migrantenpartei „Soziales Österreich der Zukunft“, die 2020 zur Wien-Wahl antreten will, ein reines Frauenbad.

Die Bewegung gibt vor, für „ein friedliches Zusammenleben unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion“ zu stehen, aber im Freibad hört sich das Miteinander aber anscheinend auf.

So hat der Parteigründer Turgay Taskiran letzte Woche ein Freibad nur für Frauen in Wien gefordert, und will auch gleich noch weitere „geschützte Räume für selbstbestimmte Frauen“ schaffen – also ein Art islam-konforme Frauenbewegung in Wien.

Foto: screenshot NFZ

Das „selbstbestimmte Frauenbild“ der SÖZ-Parteivorstände.

Scharia, nicht Emanzipation

„Unter dem Deckenmantel der ‚Emanzipation‘ würde damit die Bildung von Parallelgesellschaften weiter voranschreiten und in Wirklichkeit der Gleichberechtigung widersprochen“, ortet der Landesparteiobmann der Wiener FPÖ, Dominik Nepp, ein grundlegendes Missverständnis zum Thema Gleichberechtigung in dieser Türkenpartei.

Als „scheinheilig und leicht durchschaubar“ kritisierte auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky diese Forderung Taskirans: „Dieser frauenverachtende Vorschlag ist lediglich ein neuerlicher Versuch, in Richtung Islamisierung unseres Landes zu gehen.“

Beide FPÖ-Politiker warfen der rot-grünen Stadtregierung vor, mit ihrer falsch verstandenen Toleranz gegenüber moslemischen Zuwanderern den fortschreitenden Ausbau von Parallelgesellschaften verschuldet zu haben: „Die FPÖ ist ein Garant dafür, dass einer derartigen unterschwelligen Islamisierung mit absurden und frauenfeindlichen Auswüchsen, ein Riegel vorgeschoben wird!“

Angesichts der immer aggressiver auftretenden Jugendbanden – auch gegenüber der Exekutive – aus dem Zuwanderermilieu forderte Nepp eine Reform des Jugendgerichtsgesetzes und des Strafgesetzes. „Ziel der Reform sollte sein, das Alter für die Strafmündigkeit herabzusetzen. Statt mit 14 Jahren sollten Jugendliche bereits mit zwölf Jahren strafmündig sein“, forderte der Wiener FPÖ-Vizebürgermeister.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

In einem kühlen Café bei der Albertina hab ich vor ein paar Tagen einen richtigen Schreck bekommen. Plötzlich haut der Gast am Nachbartisch die Zeitung samt dem hölzernen Zeitungshalter auf seinen Tisch und schreit: „Des glaub i jo ned! Naa, des glaub i ned!“

Schöne Zukunft

Nach kurzem wusste ich, was den Mann so aufgebracht hat. Er hatte gerade gelesen, dass ein Verein namens „Soziales Österreich der Zukunft“ in Wien ein Bad nur für Frauen fordert. Damit die islamischen Damen „nicht dem Modedruck der westlichen Schönheitsideale ausgesetzt“ sind.

Ich verstand den Kaffeehausnachbarn. Mir reicht’s ja, wenn ich dem Anblick der kopftüchlbewaffneten Watscheldamen ausgesetzt bin.

Es gibt in bestimmten Schulen eh schon nur islamisch erlaubtes Essen. Die Kruzifixe sollen abgenommen werden. „Grüß Gott“ soll durch „Hallo“ ersetzt werden.

Mich wundert, dass die Prinz-Eugen-Straße und die Erzherzog-Karl-Straße noch so heißen. Mitsamt dem Türkenschanzpark. Und dass die Anker-Uhr am Hohen Markt noch „Prinz Eugen, der edle Ritter“ spielt. Und jetzt kämen noch islamische Damenbäder dazu. Den Roten und Grünen wär’s zuzutrauen.

Wieder einmal atme ich auf, weil es die Blauen gibt.

BURGENLAND

Grüne Verleumdung

Burgenlands FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz wies die Kritik der Grünen am Sozialverein „Burgenländer in Not“ als „grenzenlose Unverschämtheit“ zurück. Es gebe keinen finanziellen Geldfluss von Seiten des Vereins in Richtung Partei, sondern umgekehrt, die Freiheitliche Partei stelle dem Verein Mittel zur Verfügung. Der Verein hat sich dem Zweck verschrieben, Burgenländer, die sozial schlechter gestellt oder in eine Notlage geraten sind, zu unterstützen, stellte der FPÖ-Landesparteichef klar.

VORARLBERG

Sparbeschluss

Gegen die Stimmen der ÖVP hat der Vorarlberger Landtag eine Wahlkampfkosten-Obergrenze sowie klare Transparenzregelungen und Prüfrechte für den Landes-Rechnungshof beschlossen. FPÖ-Klubobmann Daniel Allgäuer zeigte sich zufrieden, wobei die Obergrenze für Parteispenden noch tiefer hätte angesetzt werden können.

Foto: FPÖ Vorarlberg

Daniel Allgäuer

OBERÖSTERREICH

Tarnen und Täuschen

„Tarnen und Täuschen“, wirft der Verwaltungssprecher der FPÖ Oberösterreich, Walter Ratt, dem roten Linzer Magistrat sowie auch der SPÖ im Landtag im Zuge der Behandlung des Rechnungshofberichts über die Linzer Aktenaffäre vor: „Hier wurde von Anfang an versucht, Missstände auf dreiste Weise zuzudecken, das gesamte Ausmaß des Schadens herunterzuspielen.“ Die Anklageerhebung gegen sechs Bedienstete der Stadt Linz, einschließlich des Bürgermeisters und der Magistratsdirektorin, wird immer noch geprüft. Deren Rechtsanwaltskosten belaufen sich bereits auf 930.000 Euro, der direkte Schaden wegen Untätigkeit der Magistratsabteilung auf 382.375 Euro. Ob die Anwaltskosten von den Beklagten zurückverlangt oder am Steuerzahler hängen bleiben werden, wird spannend.

FPÖ-Politik lässt jahrzehntelange rote Untätigkeit vergessen

Land und ÖBB schließen 600-Millionen-Schieneninvestitionspaket

Kaum hat die türkis-blaue Landesregierung das größte Investitionspaket mit den ÖBB ausverhandelt, regt sich Kritik aus der roten Stillstandspartei.

Mit Verwunderung reagierte Oberösterreichs FPÖ-Verkehrssprecher Peter Handlos auf die Kritik von SPÖ-Verkehrssprecher Alois Stöger am Schienen-Investitionspaket, das letzte Woche zwischen dem Land und den ÖBB abgeschlossen wurde: „Nach jahrelangen Verhandlungen werden über 600 Millionen Euro in die Modernisierung von Strecken und Bahnhöfen investiert. Und Herr Stöger findet ein Haar in der Suppe.“

Erinnerungshilfe für SPÖ

Bis vor zwei Jahren wurden die Infrastrukturminister immer von der SPÖ gestellt, darunter auch Stöger selbst. Nur habe sich in diesen Jahren nichts bewegt im Bereich der Schienen-Investitionen, erinnerte Handlos. „Da hat es erst einen Bundesminister Norbert Hofer und einen Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner von der FPÖ gebraucht, bis auch hier endlich Reformen möglich waren!“

Die freiheitliche Verkehrspolitik hat in Oberösterreich in wenigen Jahren mehr zusammengebracht als in über einem Jahrzehnt roten Stillstands bewegt wurde. „In diesem Sinne ist Stögers Kritik entbehrlich“, bemerkte Handlos.

OBERÖSTERREICH

Foto: Landtag OÖ

Peter Handlos: FPÖ holt nach, was SPÖ-Minister versäumt haben.

KÄRNTEN

Rote „Stromkassiere“

Im Zusammenhang mit der kürzlich getätigten Kritik von Kärntens rotem AK-Präsidenten Günther Goach an den hohen Strompreisen in Kärnten konstatierte FPÖ-Landesparteichef Klubobmann Gernot Darmann ein „spätes Erwachen aus dem Winterschlaf“: „Es freut mich, dass nunmehr auch die AK-Kärnten endlich aufgewacht ist und uns Freiheitliche beim Kampf gegen die von SPÖ und ÖVP geduldeten hohen Strompreise in Kärnten unterstützt.“

Foto: FPÖ Kärnten

Darmann: SPÖ holt sich über hohen Strompreis ein Körberlgeld.

Denn die SPÖ-geführte Landesregierung bestellt schließlich den Aufsichtsrats-Chef der KELAG und hat im Jahr 2018 rund 15 Millionen Euro Dividende vom Landesenergieversorger kassiert.

„Es kann nicht sein, dass einerseits die Kärntner allein heuer durch die Strom-Netzkostenerhöhung im Vergleich zum Vorjahr rund 14 Millionen Euro mehr an Stromkosten zahlen müssen und andererseits die Landesregierung rund 15 Millionen Dividende von der KELAG kassiert“, kritisierte Darmann.

Laut E-Control seien die Strom-Netzkosten in Kärnten doppelt so hoch als etwa in Vorarlberg und diese sind heuer nochmals um 10 Prozent gestiegen, während sie in anderen Bundesländern sinken.

BURGENLAND

Foto: FPÖ Eisenstadt

Molnár und Schnöller

Doppelspitze in FPÖ Eisenstadt

An der Spitze der Freiheitlichen in der burgenländsichen Landeshauptstadt Eisenstadt gibt es nach dem letzten Stadtparteitag eine personelle Neuerung. Landtagsklubobmann Géza Molnár, er führt die FPÖ-Eisenstadt seit dem Jahr 2005, bleibt zwar auch weiterhin Obmann der Stadtpartei, nunmehr allerdings als Teil einer „Doppelspitze“. Zweiter Teil dieser Doppelspitze als geschäftsführender Stadtparteiobmann ist nun Thomas Schnöller, zweifacher Vater und BMHS-Lehrer mit privatwirtschaftlicher Erfahrung. „Es ist Zeit für frischen Wind“, betonte Molnár.

SALZBURG

Nach dem 23-Millionen-Euro-Umbau im Vorjahr will die ÖVP die Geburtenstation in Tamsweg schließen – gegen den Willen der Bevölkerung.

Foto: NFZ

Die Geburtenstation in Tamsweg erhalten!

ÖVP verhöhnt Bürger-Petition mit über 3.000 Unterschriften

ÖVP-Gesundheitslandesrat Stöckls Zuwarten gefährdet die Gynäkologie im Krankenhaus Tamsweg. Die Entscheidung wurde wieder einmal vertagt.

Die Landesklinik Tamsweg wird derzeit um rund 23 Millionen Euro erneuert und umgebaut. Unter anderem wurde erst im März 2019 der neue Kreißsaal im Lungauer Spital eröffnet. „Fast unverständlich daher, dass die Gynäkologie der Landesklinik voraussichtlich im Sommer ihren Vollbetrieb einstellen wird“, empört sich FPÖ-Landtagsabgeordneter Ernst Lassacher.

Seit Jahren spreche die FPÖ das Thema an, aber ÖVP-Gesundheitslandesrat Christian Stöckl versage jedoch bei der Suche nach einem Primar.

Petition abgeschmettert

Grund genug für die FPÖ, die Petition einer jungen Lungauer Mutter zum Erhalt der Abteilung zu unterstützen. Nicht unterstützenswert für die ÖVP. „Während Stöckl im Plenarsaal eine halbe Stunde schwadronierte, ohne jedoch den Fortbestand garantieren zu können, wurde die Petition nicht einmal angenommen, sondern lediglich zur Kenntnis gebracht“, kritisierte Lassacher. Auf gut Deutsch: Außer Spesen nichts gewesen. Eine Verhöhnung der Lungauer!

Die Konsequenzen einer Einstellung der Gynäkologie sind hinlänglich bekannt. Die Folgen und Risiken langer Anreisewege bei Schwangerschaften wären dabei für die ärztliche Versorgung im Lungau verheerend und niemandem zuzumuten, betonte Lassacher: „Wir können jetzt nur noch auf ein Wunder hoffen. Ein Sparefroh gleichzeitig als Finanz- und Gesundheitslandesrat hat den Lungauern das eingebrockt.“

Schweigen zur Asylwelle

Europol wappnet sich bereits für eine neue Flüchtlingswelle, weil in den vergangenen Wochen 2.000 Flüchtlinge die europäischen Grenzen überschritten haben und Zigtausende auf die Balkanroute hinsteuern. Daher will das Europäische Polizeiamt mit einem Sonderermittler-Team der Schlepperei entgegenwirken.

„Während sich Europol bereits für eine neue Flüchtlingswelle wappnet, wiegt die steirische Landesregierung trotz des zunehmenden Asylanten-Stroms die Bevölkerung in falscher Sicherheit“, empörte sich FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek. ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die für Asyl zuständige SPÖ-Landesrätin Doris Kampus lassen die steirische Bevölkerung zu den vermehrten Asylwerberaufgriffen im Dunkeln. „Dieses Vorgehen ist völlig verantwortungslos. Landeshauptmann Schützenhöfer hat gemeinsam mit dem Innenminister umgehend für umfassende Information der Öffentlichkeit zu sorgen“, forderte Kunasek.

STEIERMARK

Kunasek: „Landeshauptmann und Minister sollen informieren!“

Foto: NFZ

Foto: FPÖ Salzburg

LÄNDER-SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Worte verletzen. Worte heilen. Worte können Freude spenden, Trost schenken. Worte können Verständnis schaffen oder gnadenlos Verwirrung stiften. Die Macht des Wortes ist schier unbegrenzt. Es ist das wohl mächtigste Instrument. Für jene, die es beherrschen.

Nur ein Wort?

Und deshalb empfand ich es auch als verstörend, als eine „Standard“-Redakteurin in der vergangenen Woche unsere Oppositionsarbeit, speziell die Anträge im Landtag, als „destruktiv“ bezeichnete. Noch verstörender empfand ich ihre Antwort auf die Frage, ob sie „destruktiv“ in Form von demokratiefeindlich oder verfassungszersetzend verstehe.

„Es ist doch nur ein Wort“ entgegnete die junge Redakteurin.

So fragte ich, welcher unserer Anträge denn destruktiv wäre: Etwa die zahlreichen Anträge zum öffentlichen Verkehr oder die Prüfung einer Autobahnauffahrt am Walserberg? Die Maßnahmen betreffend Eisenbahnmobilität im Lungau, die Verlängerung der Pinzgauer Lokalbahn? Geht es vielleicht um die Kassenarztverträge im Flachgau, die wir ausbauen möchten oder meint sie das Tätigkeitsverbot im Kinder- und Jugendbereich für verurteilte Pädophile? Womöglich erachtet sie die Revitalisierung des Hintersees, die durch unsere Argumentation nun veranlasst wird, als destruktiv.

Ich könnte noch lange so weiterschreiben, denn insgesamt haben wir 49 Anträge seit Beginn der Legislaturperiode eingebracht. Ich könnte ihr ja raten, künftig behutsamer mit Worten umzugehen. Andererseits denke ich mir: Es ist doch nur der „Standard“.

GEZWITSCHER

MeineStimme
@meineStimmeDE

Wer es schafft die #Bundeswehr zu demontieren, dem trau ich auch zu, der #EU den Rest zu geben. Von daher bin ich pro #VonderLeyen

04.07.19 07:16

Die Freude an der EU und deren jüngste Personalentscheidungen ist auch in Deutschland bereits längst enden wollend.

DocMike
@DrGuertler

Es ist keine „Seenotrettung", 3 Wochen vor Lampedusa zu dümpeln, anstatt die „Geretteten" nach Tunis zu bringen (deutsches Migrationszentrum). Aber das ging ja nicht, die Migranten hatten ja bereits 4.000 Euro pro Person an die Schlepper-Mafia für die Italien-Überführung gezahlt!

02.07.19 06:16

Seenot-Rettung de luxe: Die „Sea Watch" brachte ihre Schützlinge nicht nach Libyen oder Tunis, sondern gleich an deren Reiseziel, Italien. Das ist dann aber Schlepperei.

WHATSAPP

Wir machen Politik für die Menschen und nicht für Großkonzerne, daher wird es künftig vermögenden Personen und Unternehmen nicht mehr möglich sein, politische Parteien anzufüttern oder gar zu kaufen.
Einmal mehr zeigt sich: Mit Hilfe der FPÖ kann endlich mehr Fairness und Transparenz in Österreich sichergestellt werden.

GEFÄLLT MIR

Norbert Hofer
07.07.2019

Das von der ÖVP nun herbeigeführte absolute Rauchverbot wird diesen negativen Trend weiter verstärken und noch mehr Wirtshäuser sterben lassen.

1.743 Personen gefällt das.

Weil es bei den Verbots-Gutmenschen und deren Medien gut ankommt, ist die ÖVP umgefallen.

Medienvielfalt ist nur auf der linken Seite gefragt und gut

„profil" deckt „Inseratenschwemme" der FPÖ an „rechte Medien" auf

Entsetzen in den österreichischen Medien: Freiheitliche Politiker haben im Sinne der Medienvielfalt Inserate in sogenannten „rechten Medien" geschalten.

Foto: NFZ

Das Nachrichtenmagazin „profil" berichtete in seiner aktuell erschienen Ausgabe, dass freiheitliche Minister, Mitglieder der oberösterreichischen Landesregierung sowie der Linzer Stadtregierung und die Linz AG innerhalb der vergangenen zweieinhalb Jahre Inserate in der Gesamthöhe von mindestens 116.000 Euro in „rechten Medien" geschaltet haben.

Böse, rechte Medien

Als „rechte Medien" tituliert das „profil" den oberösterreichischen „Wochenblick", das Monatsmagazin „Alles Roger?", Andreas Mölzers „Zur Zeit", die Internetplatform „unzensuriert.at" , sowie „Info Direkt".

Was „profil" allerdings verschweigt, ist dass allein die FPÖ-Ministerien im vergangenen Jahr Inserate in den Mainstream-Medien in Höhe von 9 Millionen Euro geschaltet haben, die ÖVP-Minister in Höhe von 14 Millionen Euro. Da sind die 116.000 in zweieinhalb Jahren gerade einmal „peanuts".

Dass auch das „profil" in nur zwei Quartalen selbst mehr als 150.000 Euro an Regierungsinseraten kassiert hat, das verschweigt das „Aufdeckermagazin" seiner schwindenden Leserzahl.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Eine ungebührliche Beeinflussung der der Nationalratswahl hat der „Kurier" aufgedeckt. Nein, nicht die Russen, sondern die Gastwirte wollen über die sozialen Medien gegen das generelle Rauchverbot mobil machen,

kündigte der Gastronom Heinz Pollischansky an. „Ja, Rauchen ist schädlich, das stimmt. Aber auch Arbeitslosigkeit ist schädlich", warnte er – wie die FPÖ – vor einem Wirtshaussterben.

Der „Standard" offenbart einmal mehr seine seherischen Fähigkeiten zu blauen Skandalen im Artikel über das „Bundesgesetz über die Errichtung der Bundesagentur

für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen" (BBU), die neben der Betreuung auch die Rechtsberatung der Asylwerber übernehmen wird. Das Blatt erblickt darin ein „Postenparadies" für die FPÖ, obwohl noch kein einziger Posten vergeben wurde und Herbert Kickl nicht mehr Innenminister ist.

Schnitzler'scher Einklang von Werk und Wiedergabe

Spannung und Anteilnahme in Reichenau

In Reichenau, dem Burgtheater des Sommers, durfte man wieder Arthur Schnitzler sehen. Dessen besondere Sphäre und Motivik kam in dem Drama „Der Ruf des Lebens" in meisterhafter Weise zur Geltung. Wiewohl der Titel – wie denn auch selbstverständlich bei diesem Autor – eigentlich irreführend ist. Ruft das Leben? Ruft hier nicht vielleicht immer wieder der Tod?

Allgegenwärtig ist jedenfalls die bedrückende Tragik, unentrinnbar und allumfassend. Marie, von ihrem alten kranken Vater tyrannisiert und zu ständiger Anwesenheit im Krankenzimmer verurteilt, hat mit ihren 27 Jahren das unbezwingbare Gefühl, das Leben sei an ihr bereits

Fotos: Festspiele Reichenau

vorbeigegangen. Männer, die um sie warben, mussten von ihr abgewiesen werden, und wenn sie ihr auch jetzt noch den Hof machen, prallt das an ihr ab, zur Liebe ist sie nicht mehr fähig.

Da wäre der Forstadjunkt, als Inbegriff des strotzenden Lebens wunderbar dargestellt von Dominik Raneburger, da wäre auch Albrecht, ein junger Offizier, blass, wie Schnitzler ihn wollte, gespielt von René Peckl, und da wäre vor allem der Hausarzt Dr. Schindler, unglaublich vernünftig argumentierend, bravourös durch Sascha Oskar Weis charakterisiert. Er behandelt den alten bösartigen Moser, beklemmend echt verkörpert von Toni Slama, schon seit Jahren, und Marie, deren Gesichtsausdruck einen noch lange verfolgt, denn Johanna Prosl gestaltet ihre Mimik zwar als ständige Anklage gegen das Schicksal und gegen ihren Vater, zeigt dabei jedoch einen Abwechslungsreichtum, der einem den Atem verschlägt.

Der Arzt ist es auch, der Marie für ihren despotischen Vater einen Schlaftrunk überantwortet, von dem er sagt, dass „in diesem Fläschchen der Schlaf von hundert Nächten" enthalten sei. Wie selbstverständlich schüttet die Tochter den ganzen Inhalt des Fläschchens ins Glas des 79jährigen, zumal da er noch vorher überheblich gesteht, der einzige Überlebende des Regiments der „Blauen Kürassiere" zu sein, die vor dreißig Jahren auf Grund der unangebrachten Flucht ihres Rittmeisters ums Leben gekommen waren und damit den Krieg verloren hatten. Er aber war dieser Rittmeister.

Überall der Ruf des Todes

Jetzt sollen wiederum, in einem neuen Krieg, junge Soldaten der „Blauen Kürassiere" in die Schlacht ziehen, um einem sicheren Tod entgegenzugehen, damit aber in militärischer Denkweise die Schuld von seinerzeit zu büßen.

Gabriele Schuchter als „Frau Richter" bringt in diesen Stunden wunderbar ein wenig „gesunden Menschenverstand" ins Spiel, was ihr aber nichts nützt, denn auch sie hat ihre eigenen Sorgen, der Gesundheitszustand ihrer 19jährigen Tochter Katharina, die, von Alina Fritsch als flackerndes Irrlicht zwischen jubelnder Ausgelassenheit und tiefer Trauer auf der Bühne Unruhe verbreitend, ist besorgniserregend.

Thomas Kamper und David Jakob begraben jegliche Hoffnung auf irgendetwas Positives als Oberst und Offizier, letzterer ist der Geliebte der Frau des ersteren, und ein Schuss sorgt dafür, dass auch ihn, wie es bei Schnitzler an anderer Stelle heißt, bald der Rasen zudeckt.

„Der Sinn uns'res Lebens ist der Weg und nicht das Ziel", sagt Arthur Schnitzler. „Jede Erfüllung zerfließt uns unter den Händen, und das Ziel ist keines mehr, sobald es erreicht wurde." – Er hat damit nicht ganz recht. Denn das Ziel Reichenau ist durchaus eines, das anzustreben sich lohnt. *Herbert Pirker*

Vizebürgermeister springt für säumige Stadt Wien ein

Foto: FPÖ Wien

Große Freude bei der dreijährigen Amy und ihrer Mutter Eva: Das Mädchen war in Floridsdorf am Franz-Jonas-Platz in einen offenen Kanalschacht gefallen. Sie kam ins Spital, ihr Roller und ihre Tasche wurden vom Unfallplatz gestohlen. Nun sorgte FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp für Hilfe: „Es ist ein Skandal, dass sich die Stadt Wien bisher nicht bei der Mutter des verunfallten Mädchens gemeldet hat. Ich stelle der Mutter rechtliche Beratung zur Verfügung und dem kleinen Mädchen als Wiedergutmachung einen neuen Rucksack und Roller."

Anzeige

Steirer erscheffelt 11.100 Euro

Die Money Maker Gelddusche ist in die neue Saison gestartet

Achtung, fertig, Money Maker, los! Die Geldscheffel-TV-Show „Money Maker", ist seit 1. Juli 2019 in ORF 2 wieder auf Sendung. Bis Sonntag, den 25. August, bittet Moderator Alexander Rüdiger die Kandidaten täglich unter die Gelddusche, in der es einmal mehr gilt, möglichst viele der herumwirbelnden Geldscheine zu fangen. Die Bilanz der ersten Woche kann sich übrigens sehen lassen: Romana aus Wien gelang es in der ersten Sendung 8.700 Euro im Windkanal zu scheffeln. Getoppt wurde dieses Ergebnis vom bisherigen Spitzenreiter Christian aus der Steiermark, dem es dank Gewinn-Verdoppler-Karte gelang 11.100 Euro zu erscheffeln.

Der Weg in die Gelddusche: Wer auf dem „Money Maker" Rubbellos drei ORF-Symbole aufrubbelt, dem ist der Eintritt in die Gelddusche sicher. Alle, die drei Lose mit je zwei ORF-Symbolen an „Money Maker", 1038 Wien, Postfach 50, einsenden, nehmen an den Ziehungen zur Ermittlung weiterer Kandidaten teil.

Foto: Kurt Keinrath

Aloha: Rubbellos im Hawaii-Look

Mit dem neuen Rubbellos bis zu 25.000 Euro gewinnen

„Aloha" heißt das neue Sommer-Rubbellos der Österreichischen Lotterien. Der Hawaii-Look des Loses inklusive Hula-Mädchen sorgt dabei für Südsee-Feeling pur. Und mit etwas Glück kann das neue Rubbellos dem Fernweh entgegenwirken und damit Inselträume wahr werden lassen. Denn mit Hauptgewinnen bis zu 25.000 Euro lässt sich die Urlaubskasse gut füllen. Und so geht's: Einfach das Feld „Ihre Gewinnsymbole" und die große Rubbelfläche aufrubbeln. Stimmt eines der beiden Gewinnsymbole unter der kleinen Rubbelfläche mit einem der sechs Symbole unter der großen Rubbelfläche überein, so hat man den darunter stehenden Geldbetrag 1 x gewonnen. „Aloha" ist zum Preis von 2 Euro in allen Annahmestellen erhältlich.

Aus Verantwortung
für Österreich

Mehr denn je

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Norbert Hofer

FBI Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

○ Partei ☑ Regierung ○ Parlament ○ Publikationen ○ Seminare ○ Veranstaltungen

Die Koalition aus ÖVP und FPÖ von Dezember 2017 bis Mai 2019 gilt als die dritte Regierungsbeteiligung der FPÖ in der Geschichte der Zweiten Republik. In dieser Regierungsperiode stellte die FPÖ sechs Minister und einen Staatssekretär. Angesichts der Nationalratswahl 2019 sollen die wichtigsten Projekte unter blauer Regierungsverantwortung in den nächsten Wochen beleuchtet werden.

Bundesministerium für Inneres

Rückgang von Asylanträgen: Die Zahl der Asylanträge ging weiter zurück – und zwar von 24.735 im Jahr 2017 auf 13.400. Zum Vergleich: 2015 waren es 88.340 Ansuchen. Die Verfahrensdauer sank auf sechs Monate und die Zahl der Außerlandesbringungen wurde gesteigert. Die Bilanz für das Jahr 2018 verzeichnete zudem einen Abbau des Antragsrucksackes. Es wurden etwa 95 Prozent der Anträge seit 2015 erledigt.

Mehr Grenzkontrollen: Angesichts der hohen Zahlen illegaler Migranten verkündete FPÖ-Innenminister Herbert Kickl im April 2019, dass die Grenzkontrollen zu Ungarn und Slowenien zumindest bis November 2019 beibehalten würden. Außerdem wurde eine neue Grenzschutzeinheit namens „PUMA" aufgestellt.

„Größtes Sicherheitsbudget in der Zweiten Republik": Gemeint ist damit eine deutliche Aufstockung der Planstellen sowie eine Verbesserung der Ausrüstung der Polizei, wobei die zusätzlichen Beamten etwa zur Abdeckung von temporären Personallücken, für die Grenzraumüberwachung sowie zur Bekämpfung von Cyberkriminalität eingesetzt werden.

Konkret standen für den Bereich Inneres im Jahr 2018, ohne den nunmehr getrennt dargestellten Bereich Asyl und Migration, Budgetmittel in der Höhe von 2,84 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind um 122,4 Millionen Euro mehr als die Mittel, die 2017 aufgewendet wurden.

Herbert Kickl war von 2017 bis 2019 Bundesminister für Inneres

Mit Herbert Kickl stellte die FPÖ erstmals seit 1945 den Innenminister in einer Bundesregierung.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.